

Präsident

Es liegen vier Beratungsgegenstände vor: a) Pläne des Niedersächsischen Umweltministers zur Nutzung und Sanierung der Sondermülldeponie Schönberg (DDR) — Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 772 —, b) „D-Zug-Klassen“ für Hochbegabte — Antrag der Fraktion der Grünen — Drucksache 782 —, c) Boykottaufruf der Grünen zur Volkszählung — Antrag der Fraktion der FDP — Drucksache 783 — und d) Auswirkungen der Großen Steuerreform 1990 für Niedersachsen — Antrag der Fraktion der CDU — Drucksache 784.

Die Fraktionen haben im Ältestenrat vereinbart, daß die Aktuelle Stunde diesmal 80 Minuten dauern soll. Ich gehe davon aus, daß das so beschlossen ist. Die Zeit von 80 Minuten ist auf die vorliegenden Anträge gleichmäßig zu verteilen. Das bedeutet, daß für jeden Antrag 20 Minuten zur Verfügung stehen. Die von der Landesregierung in Anspruch genommenen Redezeiten werden dabei nicht angerechnet. Die Redezeit des einzelnen Redners, auch der Mitglieder der Landesregierung, beträgt fünf Minuten.

Ich eröffne die Beratung zu Punkt 1 a:

Pläne des Niedersächsischen Umweltministers zur Nutzung und Sanierung der Sondermülldeponie Schönberg (DDR) — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/772

Die Aktuelle Stunde wird vom Abgeordneten Bartels eröffnet. Bitte schön!

Bartels (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzten Monate haben für jedermann sichtbar werden lassen, was es bedeutet, wenn die Landesregierung versucht, sich ohne schlüssiges Konzept in der Sonderabfallpolitik durchzuwursteln. Erinnern wir uns: Die Deponie Hoheneggelsen war als Standort keinen Pfifferling mehr wert, als die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses im letzten Jahr auf dem Tisch lagen. Der Umweltminister hat durch seine Entscheidungen zu Hoheneggelsen und durch seine Aussagen zur zukünftigen Nutzung diesen Standort hochgeredet.

(Unruhe.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Bartels, einen Moment. — Ich verstehe die Erschöpfung nach den vielen Zusatzfragen zu den Dringlichen Anfragen, bitte aber doch um Aufmerksamkeit.

Bartels (SPD):

Meine Damen und Herren, damit hat er auch Preis in schwindelerregende Höhe getrieben: fangs war noch eine Summe von 50 Millionen für diesen Standort als zuviel eingestuft worden. Heute reden wir von 165 Millionen DM, die bezahlt werden sollen, heute reden wir davon, die Sanierung der Altlast in Zukunft eine geringe Summe ausmachen wird; in der Vergangenheit ist dies immer bestritten worden.

Allein dieser Millionenpoker, der sich in den vergangenen Wochen abgespielt hat, ist schon Skandal für sich. Niemand weiß, wie dieser Poker um diesen Standort in Zukunft ausgehen wird. Eines ist jedoch schon heute sicher, nämlich das Vertrauen der Bevölkerung mit dieser Politik zu machen, nicht zurückgewonnen werden wird. Wohl unter dem Eindruck des von angerichteten Desasters hat Umweltminister Remmers nun zur Verblüffung aller in der letzten Woche erklärt, die Landesregierung sei nicht Hoheneggelsen angewiesen; sie werde den Standort Schönberg sanieren und sicherer machen, dann in Zukunft Sondermüll in Schönberg ablagern. Diese Ankündigung ist nicht anders zu bewerten als das Eingeständnis des Unvermögens, die Giftmüllprobleme im eigenen Land zu lösen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie zeigt, daß der Umweltminister nicht zu Neuorientierung in der Giftmüllpolitik bereit ist und daß alle Äußerungen in der Vergangenheit bloße Lippenbekenntnisse waren.

Ich will zwei Daten in Erinnerung rufen, eine die Regierungserklärung von Ministerpräsident Albrecht zum Sonderabfall in diesem Hause im Jahre 1985. Originalton Albrecht:

„Mit der konsequenten Einführung der deponiespezifischen Behandlung greift Niedersachsen als erstes Bundesland umfassende zu erwartenden Regelungen einer künftigen TA Abfall auf Bundesebene. Dank der umfangreichen Vorarbeiten wird das Konzept zügig verwirklicht werden.“

Wir schreiben inzwischen 1987, und auf dem Sektor ist nichts geschehen. Von einer umweltträglichen Konzeption ist auch nicht in Konkretem sichtbar. Heute erfahren wir, daß die Landesregierung in Zukunft den auch moralisch unwürdigen Weg gehen wird und den Sondermüll in Schönberg einlagern will.

Der Umweltminister — lassen Sie mich ein konkretes Datum nennen — feierte den gemeinsamen Beschluß der Umweltministerkonferenz als

großen Durchbruch im Sonderabfallbereich. Er ließ sich sogar eine Aktuelle Stunde von der FDP hier im Hause einbringen. Herr Remmers hat im Rahmen der Debatte erklärt:

„Durch ausreichende Kapazität in umwelttechnisch hochentwickelten Anlagen im Inland sollen die Verbrennung auf hoher See sowie der Export von Abfällen entbehrlich gemacht werden.“

An anderer Stelle sagt die gemeinsame Beschluslage:

„Grundlage der Zusammenarbeit ist die Verpflichtung jedes Landes, eine Grundaussstattung an Entsorgungskapazität für Sonderabfälle vorzuhalten.“

Herr Minister, Sie haben sich hier hingestellt und sagt: Wir haben uns das in die Hand versprochen. Wie ernst Sie es nun mit diesem Versprechen meinen und wie schnell Sie bereit sind, die hehren Grundsätze, die Sie in Berlin beschlossen haben, über Bord zu werfen, sehen wir nun: Sie scheren als erster aus der Linie der Umweltminister aus — ein Zeichen dafür, daß Ihnen der Sonderabfall bis zum Halse steht!

Die SPD-Fraktion sagt ein ganz klares Nein zu der Absicht, Schönberg zum Bestandteil eines Entsorgungskonzeptes in Niedersachsen zu machen. Wir stimmen mit Ihrem Koalitionspartner FDP überein, wenn er Schönberg als Ersatz für niedersächsische Giftmüllagerstätten ablehnt. Wir stimmen der FDP voll zu, wenn sie auffordert, eine Lösung im eigenen Lande zu suchen und am länderübergreifenden Konzept festzuhalten.

(Beifall bei der SPD.)

Wir sind mit der FDP der Meinung, daß Schönberg sanierungsbedürftig ist und daß es Sinn machen kann, wenn Niedersachsen einen Beitrag dazu leistet. Auszuschließen ist jedoch eindeutig, daß wir uns wegen unserer Probleme darauf einrichten, Schönberg auf Dauer als Sonderabfallstandort zu nutzen, und zwar allein — auch insofern stimme ich der FDP zu —

(Zuruf von Fischer [Buxtehude] [FDP])

wegen der Multikomponentenablagerung und der Tatsache, daß nur eine Entfernung von 6 km zu dem gefährdeten Grundwasserbereich in Lübeck besteht.

Meine Damen und Herren, auch der Hinweis der FDP, daß Sie, Herr Umweltminister, die vom Landtag beschlossene Expertenanhörung durch diese Vorgehensweise konterkarieren, trifft absolut ins Schwarze.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Bartels!

Bartels (SPD):

Ich komme zum Schluß. Ich freue mich über die klare Kritik, die die FDP an Ihren Plänen geäußert hat. Ich erwarte nun natürlich von der FDP, daß sie auch in Zukunft mit uns gemeinsam dafür streitet, daß Sie, Herr Minister, wieder auf den Boden einer verantwortbaren Giftmüllpolitik zurückkehren.

Lassen Sie mich einen letzten Satz in Richtung des Ministerpräsidenten sagen: Wenn der Ministerpräsident noch weitere Argumente für seine Kabinettsumbildung braucht, dann kann er hier im Giftmüllbereich einige finden. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat Herr Minister Dr. Remmers.

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß Herr Bartels offensichtlich andere Punkte nicht findet, über die er sich hier erregen kann.

(Unruhe bei der SPD. — Frau Pistorius [SPD]: Er hat noch mehr!)

— Ich halte ihm auch zugute, daß er sich ein bißchen anders stellt, als es seinen tatsächlichen Informationen und seinen Möglichkeiten, sich die Dinge zu erklären und sie zu deuten, entspricht. Aber lassen wir das einmal beiseite.

Ich finde es schlimm, daß in das schwierige Bemühen, mit den Sondermüllproblemen fertig zu werden, so ganz nebenbei eine Tendenz hineingebracht wird, indem Sie sagen: unverantwortliche Giftmüllpolitik. Herr Bartels, das ist die Art, in der Sie ganz bewußt mit all dem, was wir heute als Sondermüll bezeichnen und zum Sondermüll erklären, umgehen. Dies halte ich für unverantwortbar. Mit derartig tendenziellen Bemerkungen und Behauptungen verlassen Sie die Basis der Umweltminister, auf die diese sich über alle Parteien hinweg verständigt haben, um sachlich damit fertig zu werden.

(Beifall bei der CDU.)

Dr. Remmers

Was heißt hier im übrigen „kein schlüssiges Konzept“ und „durchwursteln“? Ich will auf diese Dinge nicht eingehen, sondern jetzt zur Sache selbst kommen.

(Lachen bei der SPD.)

— Warum soll ich mich in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit speziell mit einer polemischen Bemerkung von Herrn Bartels beschäftigen? Das bringt doch in der Sache nichts!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Zur Sache selbst will ich folgendes sagen. Ich bin von einem Journalisten auf das Problem Hoheneggelsen angesprochen worden. Er hat mich gefragt, was wir — es ging dabei auch um die anderen Bundesländer — denn machen, wenn die Deponie Hoheneggelsen — sei sie im Besitz der Maier AG, oder sei sie, was wir ja anstreben, im Besitz unserer NGS — vorläufig nicht offen sei und damit nicht betrieben werden könne. Darauf habe ich geantwortet, aus Gesprächen im Kreise der Umweltminister sei mir durchaus bekannt und gegenwärtig, daß sehr wohl darüber nachzudenken sei, in Verhandlungen mit der DDR — auch im Sinne eines Austausches von Erfahrungen auf diesem Sektor — über Möglichkeiten der besseren Sicherung der Deponie Schönberg zu sprechen und dann vielleicht übergangsweise noch längere Zeit auf Schönberg zurückgreifen zu können. Das habe ich als Antwort auf die Frage gesagt, was denn passiere, wenn die Deponie Hoheneggelsen nicht beschickt werden könne.

Zu dieser Auskunft stehe ich ausdrücklich; denn erstens ist es so, daß Schönberg gerade von anderen Bundesländern, insbesondere von Hamburg, aber auch von Niedersachsen, nach wie vor beschickt wird. Zweitens sind solche Gespräche in der Umweltministerkonferenz und am Rande der jeweiligen Konferenz geführt worden. Drittens kann ich nur sagen, wenn ich gefragt werde, was ich denn tue, wenn eine bestimmte Möglichkeit nicht gegeben ist, dann ist es doch gut, wenn ich darauf hinweise, welche Möglichkeiten vorhanden sind. Deshalb möchte ich auch ausdrücklich sagen, daß ein Ausscheren aus dem Kreis der Umweltminister keineswegs vorliegt. Wenn Sie hier sagen, es sei moralisch verwerflich, in der augenblicklichen Situation Sondermüll nach Schönberg zu bringen, dann will ich im übrigen bemerken, daß Sie diese Kritik bitte an alle Umweltminister und nicht nur an den niedersächsischen richten sollten.

Ich will hier gern noch einmal unterstreichen, daß wir uns über alle Parteien hinweg darüber einig sind, daß es in den letzten 20 bis 30 Jahren ver-

säumt worden ist, rechtzeitig eine entsprechende Entsorgungsstruktur hier bei uns in der Bundesrepublik zu schaffen. Das habe ich von diesem Pult aus schon einmal gesagt. Diese Feststellung gilt aber für alle Länder, und wir bemühen uns gemeinsam, aus dieser Problematik herauszukommen. Unabhängig davon brauchen wir für die jeweilige Situation bereits heute eine Antwort. Wenn ich danach gefragt werde, dann antworte ich darauf. Jeder, der sich damit ernsthaft und sachlich beschäftigt, weiß, wie dies im Zusammenhang zu bewerten ist.

(Beifall bei der CDU. — Bruns [Reinhaußen] [SPD]: Arbeiten Sie jetzt auch schon mit der Erblast? — Gegenruf von Stock [CDU]: Das können Sie da nun wirklich nicht rauslesen!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Minister. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier sind zwei Dinge deutlich auseinanderzuhalten, nämlich erstens die Frage der Sanierung der Deponie Schönberg und zweitens die Frage nach einem Entsorgungskonzept für Niedersachsen unter Einbeziehung der Deponie Schönberg.

(Beifall bei der FDP.)

Zum ersten Punkt. Ich unterstütze durchaus die Absichten des Ministers bzw. des Landes Niedersachsen — wenn diese denn konkret vorhanden sind —, die Deponie in Schönberg zu sanieren und dazu technische und finanzielle Hilfen zu geben. Im Zusammenhang mit dem Smog durch Einwirkungen aus der DDR und aus der CSSR habe ich hier schon einmal gesagt, daß es Sinn macht, z. B. 1 Million DM einzusetzen, um zu verhindern, daß große Mengen von SO₂ über die Grenze hinweg in die Bundesrepublik gelangen. Wenn wir bei uns den gleichen Betrag einsetzten, dann bekämen wir angesichts des hohen Standes der Filtertechnik nur noch Restmengen frei, und dies stünde in keinem Verhältnis zu den SO₂-Mengen, deren Ausstoß durch direkte Maßnahmen in der DDR verhindert werden könnte.

(Beifall bei der FDP.)

Dasselbe gilt für die Deponie Schönberg. Es macht keinen Sinn, wenn wir uns hier darauf einigen, daß sämtliche Bundesländer

(Bartels [SPD]: Sagen Sie mal hierzu etwas!
— Bruns [Reinhausen] [SPD]: Die Kurve müssen Sie kriegen!)

— ich komme dazu — keinen Sondermüll mehr nach Schönberg bringen, die DDR aber weiterhin in Schönberg entsorgt, und zwar unter schlechten Sicherheitskriterien. Deswegen ist es durchaus sinnvoll, wenn wir bei der Sanierung der Deponie Schönberg helfen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Zweitens. Ich bleibe aber dabei — und ich nehme, Herr Bartels, kein Wort aus der Pressemeldung zurück, die Sie mir gezeigt haben —, daß Schönberg für die FDP-Fraktion kein denkbarer Bestandteil eines Entsorgungskonzepts für das Land Niedersachsen ist,

(Beifall bei der FDP — Bartels [SPD]: Sehr gut!)

und zwar aus den Gründen, die ich der Presse gegenüber genannt habe. Ich brauche sie sicherlich nicht noch einmal im einzelnen aufzuzählen. Wir haben keine Handhabe, um in der DDR zu kontrollieren und nach unseren Sicherheitskriterien festzustellen, was dort geschieht.

Ich habe an dieser Stelle den hessischen Umweltminister Joschka Fischer kritisiert, da er auf der einen Seite gesagt hat, in Hessen würde eine solche Deponie nicht genehmigt, auf der anderen Seite das Land Hessen seine Sonderabfälle aber nach Schönberg entsorgt.

(Beifall bei der FDP.)

Diese Kritik muß ich genauso gegen mich und gegen das Land Niedersachsen gelten lassen, wenn Schönberg weiter als Bestandteil des Entsorgungskonzepts angesehen werden sollte. Das bedeutet natürlich nicht, daß Niedersachsen von heute auf morgen — die anderen Länder können das auch nicht — darauf verzichten kann, nach Schönberg zu entsorgen, wenn noch keine anderen Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Den sofortigen Ausstieg, wie er bei der Kernenergie gefordert wird, oder einen sofortigen Stopp ohne Möglichkeiten, es anders zu machen, halte ich für einen kurzfristigen Weg, den wir nicht gemeinsam gehen können.

Herr Bartels, wenn ich alles das, was in meiner Presseerklärung steht und was Sie hier lobend dargestellt haben — dafür bin ich Ihnen dankbar —, aufrechterhalte, dann bedeutet das, daß die FDP dafür sorgen muß, daß in Niedersachsen ein Konzept entsteht. Dieses Konzept soll nach der Anhörung erarbeitet werden. Deshalb hätte man dies auch nicht der Anhörung vorwegneh-

men sollen. Das ist auch richtig. Das gemeinsame Konzept wollen wir nach der Anhörung haben.

Da Sie mir so auf die Schulter geklopft haben, möchte ich Sie aber auch bitten, daß wir dann, wenn wir nach der Anhörung ein Konzept haben, zu dem meinetwegen Hoheneggelsen gehört, zu dem vielleicht Dolgen/Schwicheldt gehören, zu dem dann auch eine Hochtemperaturverbrennungsanlage in Oker/Harlingerode gehört, gemeinsam hingehen und die Leute vor Ort überzeugen, daß die Dinge an den jeweiligen Standorten geschehen müssen.

(Beifall bei der FDP.)

Sie können den Anfang dazu machen. Am Freitag werde ich nach der Plenarsitzung zu unserem Kreisparteitag nach Goslar fahren, um dort bei unseren Parteifreunden dafür zu werben, daß sie die Hochtemperaturverbrennungsanlage in ihrem Landkreis akzeptieren.

(Bartels [SPD]: Und das wissen Sie schon vor der Anhörung, Herr Hruska?)

— Ich weiß bereits vor der Anhörung, daß wir in dem gesamten Entsorgungskonzept eine Hochtemperaturverbrennungsanlage brauchen und daß wir auch um Standorte werben müssen.

(Zuruf von Mönninghoff [Grüne]. — Bartels [SPD]: Das ist genau das gleiche, was Herr Remmers macht!)

Ich beginne damit, um Standorte zu werben. Und in dieser Hinsicht, glaube ich, folgen Sie mir nicht mehr.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Bartels [SPD].)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Mönninghoff für die Fraktion der Grünen.

Mönninghoff (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hruska, es ist wirklich ein Kreuz. Ich hatte einen Rieseneiertanz befürchtet und habe mich deshalb gefreut, daß Sie sich zu Beginn Ihres Beitrages mit großer Klarheit gegen Schönberg ausgesprochen haben. Das ist ein Kompliment wert.

(Hildebrandt [FDP]: Was wollen Sie denn?)

Daß dies gleichzeitig eine schallende Ohrfeige für den Umweltminister ist, möchte ich noch einmal in Richtung Presse festhalten.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung von Bartels [SPD].)

Mönninghoff

Es ist eine schallende Ohrfeige für diejenigen, die von Lösungen schwadronieren, ohne sich Gedanken über ein Konzept gemacht zu haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Daß Sie dies bei der Hochtemperaturverbrennungsanlage leider nicht durchgehalten haben, fand ich so putzig.

(Hildebrandt [FDP]: Halten Sie die denn nicht für notwendig?)

Wie wollen Sie denn Ihren Parteifreunden da oben in Oker/Harlingerode das Ding schon jetzt verkaufen, obwohl Sie gesagt haben, wir müßten uns erst einmal eine Meinung über Konzepte und zu der Frage bilden, ob gefahrlos beseitigt werden kann? Da ist ein Sprung, und dort fängt der Salto mortale wieder an. Lassen wir aber das erste als positiv gelten.

(Beifall bei den Grünen. — Hildebrandt [FDP]: Eine Verbrennungsanlage brauchen wir auf jeden Fall!)

Insgesamt möchte ich einmal festhalten, meine Damen und Herren, daß die Diskussion, die hier heute geführt wird, ein politischer Skandal ersten Ranges ist.

(Lachen bei der CDU. — Jahn [CDU]: Ihr habt ja nur Skandale! — Stock [CDU]: Sie hatten diese Woche ja auch noch keinen!)

Wenn Recht und Gesetz — Herr Stock, Sie stehen ja immer schwer auf Recht und Gesetz -

(Jahn [CDU]: Und Sie? Gerade Sie reden hier über Recht und Gesetz!)

dieser Landesregierung wichtiger wären als die Interessenpolitik zugunsten der Chemieindustrie, müßten sämtliche Transporte nach Schönberg sofort eingestellt werden.

(Beifall bei den Grünen.)

Das ist der Punkt, der hier zentral in der Diskussion stehen müßte.

Ich möchte Ihnen noch einmal das gültige Abfallgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ins Gedächtnis rufen. Darin heißt es — ich zitiere —:

„Die Genehmigung der zuständigen Stellen darf nur erteilt werden, wenn beim Verbringen der Abfälle keine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu besorgen ist.“

Die Landesregierung weiß aber ganz genau, daß bei der Lübecker Bevölkerung genau diese Sorge um ihr Trinkwasser besteht. Deshalb dürften schon heute keinerlei Transporte mehr nach Schönberg gehen.

(Beifall bei den Grünen.)

Sie müßten es wissen, wenn Sie das Gut des Geologischen Landesamtes Schleswigstein aus dem Jahre 1978 gelesen hätten noch bis vor ein paar Monaten geheim versucht haben. Darin steht, daß die Graserfließrichtung in Richtung des Trinkwassergewinnungsgebietes von Lübeck geht.

Sie kennen doch sicherlich auch den Bau-Landwirtschaftsminister Flessner von 1979, dem er sagt: „Wiederholt habe ich mich fürchtungen ausgedrückt, daß Sickerwasser der Deponie ins Oberflächenwasser gelang auf diesem Wege schleswig-holsteinische Gewässer verunreinigen können.“ — Sie wissen verstoßen also wissentlich und willentlich das Abfallgesetz. Das ist der politische Skandal.

(Beifall bei den Grünen.)

Da heute trotz allem über einen Weiterbau von Schönberg geredet — man muß schon schwadroniert — wird, möchte ich noch drei Probleme deutlich machen.

Erstens. Warum diskutieren wir nicht endlich über die Schließung? Schon im Dezember letzten Jahres haben wir einen Antrag zur Schließung der Deponie eingebracht, der aber noch in den Ausschüssen schmort.

(Grill [CDU]: Das stimmt doch nicht. Dabei spielt auch die SPD keine rühmliche Rolle.)

(Bruß [Emden] [SPD]: Das geht ja ein bißchen zu weit, mein Lieber!)

Die SPD hat diesen Antrag im Januar von der Tagesordnung der Ausschusssitzung mit der Begründung absetzen lassen, sie müsse sich erst über die Problemlage informieren. Das ist ein Scheitern. Dahinter steht, daß Sie Ihren Hamburger Genossen, die Schönberg nicht ablehnen gegenüberstehen, nicht in den Rücken fallen. Solange Sie nicht klar gegen Hamburg Stellung nehmen — genauso wie wir gegen Hamburg —, dürften Sie gar nicht als Opposition auftreten.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bartels zulassen?

Mönninghoff (Grüne):

Dazu reicht meine Zeit nicht aus. — Der Skandal ist, daß Sie auf einmal Schönberg nach Hoheneggelsen ausspielen wollen. Es ist d

Armutszeugnis erster Klasse, daß Sie für eine Deponie, die Sie vor knapp zwei Jahren für eine Mark — genau wie die Neue Heimat — hätten kaufen können, heute schon 65 Millionen DM bieten und dann wahrscheinlich noch eine Altlast dazugeschenkt kriegen. Das ist die Folge einer konzeptionslosen Politik und ein Verschleudern von Geld. Jetzt versuchen Sie den Preis zu drücken, aber die Lösung Schönberg ist irgendwo albern.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Der dritte und eigentliche Skandal ist, daß alle Beteiligten ganz genau wissen, daß eine — wie es hier genannt wird — Sanierung von Schönberg technisch überhaupt nicht möglich ist; denn der Giftmüll muß über Jahrhunderte und Jahrtausende von der Biosphäre abgeschlossen werden, damit gewährleistet ist, daß das Lübecker Trinkwasser nicht gefährdet wird. Daran wird das deutlich, was bei Ihrer gesamten Umweltpolitik durchschimmert: Sie finden eine technische Lösung nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“; Sie sagen: „Die nächsten Generationen gehen uns nichts mehr an, Hauptsache, wir haben eine technische Lösung gefunden“. So darf Umweltpolitik bei uns aber nicht gemacht werden! — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Herr Minister Dr. Remmers.

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da der Kollege Mönninghoff hier von Skandalen gesprochen hat und sich dabei auf ein Gutachten des Geologischen Landesamtes Schleswig-Holstein aus dem Jahre 1978 berufen hat, will ich nur folgendes kurz vortragen, um zu zeigen, daß seine Argumentation fehlgeht. Zunächst hat sich auch der Untersuchungsausschuß des Schleswig-Holsteinischen Landtages in seinem Bericht vom 25. November 1986 — also Ende des vergangenen Jahres — mit der Sache beschäftigt und ist dabei zu folgenden Aussagen gekommen:

„Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß sich die Deponietechnik der Deponie Schönberg analog der Deponietechnik in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt.“

(Zuruf von Bartels [SPD].)

„Eine Gefährdung für Mensch und Natur in Schleswig-Holstein ist auf Grund der Beweisaufnahme nicht festgestellt worden.“

Was noch wichtiger ist, ist drittens, daß das geologische Gutachten des Geologischen Landesamtes Schleswig-Holstein vom 20. Februar 1987, das ich hier vor mir liegen habe, in der Schlußbemerkung auf Seite 25 zu folgender Schlußfolgerung kommt:

„Nutzungsbegrenzende Beeinträchtigungen der Grundwasserqualität im Lübecker Hauptwasserleiter, die sich aus den auf dem Ilenberg“

— also in Schönberg —

„deponierten Abfällen herleiten ließen, sind nicht zu erwarten. Selbst unbedeutende Qualitätsminderungen sind wenig wahrscheinlich.“

Sehen Sie, dann sagt Herr Mönninghoff, dies alles sei ein maßloser Skandal. Dabei arbeitet er mit Gutachten. Ich kann dazu nur sagen: Ich kann mich mindestens genauso gut auf dieses wenige Tage alte Gutachten berufen.

(Stock [CDU]: Das war sein Mittwochskandal! Donnerstag hat er einen anderen!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Abgeordneter Grill!

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diesen wichtigen Punkt hat der Umweltminister Gott sei Dank schon richtiggestellt. — Herr Kollege Mönninghoff, es ist langsam ein Skandal, daß Sie jedesmal, wenn Sie hier vorne stehen, behaupten, die anderen Fraktionen in diesem Landtag verzögerten die Beratung Ihrer Entschließungsanträge, ließen sie bewußt schmoren und seien nicht zu deren Beratung bereit. Ich kann dazu nach Rücksprache mit dem Kollegen Bartels und mit Herrn Dr. Hruska nur festhalten: Die Behandlung Ihres Antrages zur Sondermülldeponie Schönberg im Landtag und im Umweltausschuß ist so, wie er bis zum heutigen Tage auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses behandelt worden ist, im Einvernehmen mit Ihrer Fraktion gehandhabt worden. Das ist mit Ihnen und nicht gegen Ihren Willen geschehen. Hören Sie endlich auf, der Öffentlichkeit zu erklären, Sie wären die leidende Truppe in diesem Haus und man würde verhindern, daß über Ihre Anträge gesprochen wird.

(Zustimmung bei der FDP.)

Grill

Ich fordere Sie auf, dies hier heute zurückzunehmen und sich zu entschuldigen. Es ist das zweitemal, daß Sie so tun, als würden wir Ihre Anträge nicht beraten.

Was die Frage der Konzeption angeht, so kann ich nur sagen, Herr Kollege Bartels, daß es doch nicht so ist, daß die Landesregierung keine Konzeption hätte. Sie hat eine.

(Bartels [SPD]: Welche?)

Sie legt sie für die Anhörung vor. Dort kommt sie auf den Prüfstand. Hier zu sagen, bevor nicht die Anhörung gewesen sei, könne man keine Meinung zu Fragen der Hochtemperaturverbrennung, der Tiefeneinlagerung usw. haben, hieße ja — das wäre geradezu phantastisch —, daß die Zeitrechnung der Sondermüllbeseitigung in der Bundesrepublik Deutschland mit dem 5. Mai 1987 anfinke. Gott sei Dank sind unsere Experten und Beamten weiter, als die SPD der Öffentlichkeit glauben machen will. Die Anhörung dient der Überprüfung von Konzepten und nicht nur der Findung von Konzepten. Auch wenn ich hierzu eine etwas andere Auffassung als Herr Dr. Hruska vertrete, will ich das so deutlich sagen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie die SPD das Ganze nach draußen verkauft. Herr Kollege Schack, wenn Sie das nächstmal der stauenden Öffentlichkeit in Niedersachsen erklären, dem Umweltminister fehlten von 100 Millionen DM für die Altlastensanierung 95 Millionen DM, weil nur 5 Millionen DM in seinem Haushalt ständen, dann sollten Sie in die gleiche Presseerklärung hineinschreiben: Der SPD fehlen 90 Millionen DM, weil sie mit dem Haushalt nur 5 Millionen DM mehr ausgeben wollte als die CDU.

(Zustimmung bei der FDP. — Bruns [Emden] [SPD]: Schwach! Sie waren schon besser!)

Seien Sie seriös in Ihrer Politik, und machen Sie hier nicht einen Schautanz, der in der Realität Ihrer eigenen Fakten in diesem Hause viel schlimmer ist, weil Sie einen Eindruck erwecken, der mit dem, was Sie hier vortragen, nicht übereinstimmt. Sie haben in Wahrheit keine Konzeption. Ihr Ärgernis ist, daß Sie gegen die Konzeption des Umweltministers nicht ankommen.

(Bartels [SPD]: Wo ist die denn?)

Vielleicht denken Sie einmal über Rücktritt nach, Herr Bartels, aber wir bestimmt nicht.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön.

(Bruns [Emden] [SPD] meldet sich zu Wort.)

— Wir haben die 20 Minuten verbraucht. Die Regelung, daß, wenn der Minister gesprochen hat, die Debatte wieder aufgenommen werden kann, gilt für die Aktuelle Stunde nicht.

(Bruns [Emden] [SPD]: Schade, ich hätte Wesentliches zu sagen, Herr Präsident!)

— Sie haben sicherlich sonst noch Gelegenheit, das Thema wieder aufzugreifen.

Wir kommen zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde:

„D-Zug-Klassen“ für Hochbegabte — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/782

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hammerbacher-Richter.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich heute nicht so gut zu verstehen sein sollte. Ich bin aber stark erkältet und habe eventuell Probleme, laut genug zu sprechen.

(Zuruf von der CDU.)

— Inhaltlich ist es immer zu verstehen.

Das Thema „D-Zug-Klassen für Hochbegabte“ zielt weitgehend auf die Probleme ab, über die wir bereits heute morgen anlässlich der Behandlung zweier Dringlicher Anfragen gesprochen haben.

(Unruhe.)

Herr Präsident, ich muß sagen, daß mich dieses Gemurmel im Saal erheblich irritiert und daß ich dagegen schlecht ansprechen kann.

Präsident Dr. Blanke:

Mich auch, Frau Kollegin Hammerbacher-Richter. Vielleicht können sich die Kollegen, soweit Besprechungen zu führen sind, außerhalb des Saales begeben.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Hintergrund der schulpolitischen Versuche der CDU ist, daß seit Beginn der Bildungsreform konservative Eltern und die sie vertretenden Parteien — früher war es vor allen Dingen die CDU

DIE GRÜNEN IM LANDTAG INFORMIEREN



PLENARSITZUNG VOM
TAGESORDNUNGSPUNKT

R E D E B E I T R A G des Abgeordneten Mönninghoff

Thema: Münchenhagen

Grüne folgern aus dem Abschlußbericht der Kriminalpolizei zu Münchenhagen, daß Betreiber und Behörden gemeinsam diesen Umweltskandal als kriminelle Vereinigung verursacht haben. Sie kritisieren massiv, daß durch die Verschleppungstaktik der zuständigen Behörden fast alle Umweltstraftaten in Münchenhagen schon verjährt sind bzw. in Kürze verjährt sein werden.

Die Grünen fordern:

1. Personelle Konsequenzen; Personen in den Abfallbehörden und im Ministerium, die sich im Fall Münchenhagen als unfähig erwiesen haben, dürfen nicht länger für die Abfallpolitik des Landes Niedersachsen verantwortlich sein.
2. Überarbeitung des Sanierungskonzeptes, da durch die jetzt bekannt gewordenen illegalen Ablagerungen damit gerechnet werden muß, daß noch große Mengen hoch brisante Giftstoffe in Münchenhagen vergraben sind, deren Gefährdungspotential heute noch völlig unbekannt ist.

Es gilt das gesprochene Wort !

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Abschlußbericht der Kriminalpolizei zum Umweltskandal in Münchehagen zeigt, daß die Betreiber der dortigen Giftmülldeponie eine kriminelle Vereinigung waren und die zuständigen Behörden das Tun dieser kriminellen Vereinigung gedeckt, ja zum Teil unterstützt haben.

Der Bericht listet detailliert auf, daß in mindestens 55 Fällen so wörtlich "Eine Verwirklichung von Straf- und Ordnungswidrigkeits-Tatbeständen unterstellt werden muß". In vielen Fällen wurde auf strafbare Weise illegal Müll verscharrt, der nach dem Abfallkatalog für diese Deponie überhaupt nicht dort eingelagert werden durfte. Der Landkries Nienburg und das Landesamt für Wasserwirtschaft haben zwischen 1979 und 1985 insgesamt 144 mal Mängel als Vermerk zu den Akten genommen, ohne daß in einem einzigen Fall Sanktionen gegen die Deponiebetreiber ergriffen wurden. Dioxin-haltige Fässer wurden in Regenwassertümpeln von Bulldozern plattgedrückt, kontaminiertes Wasser wurde in die Bäche abgeleitet und vieles mehr.

Der Bericht zeigt, daß der Landkreis Nienburg als Untere Abfallbehörde, die Bezirksregierung Hannover als Obere Abfallbehörde und die zuständige Abteilung im Ministerium völlig versagt haben, ja sie haben die Probleme verschwie-

gen, verharmlost, ^{Sie haben und gelogen} getäuscht, wenn Öffentlichkeit und Presse auf die Umweltgefährdungen hinwiesen. Zitat aus dem Untersuchungsbericht:

"Dieses Verhalten der Behörden dürfte die Betreiber auch in ihrer Ansicht bestärkt haben, daß sie trotz Verstößen gegen die Auflagen in der Genehmigung mit keinen Sanktionen zu rechnen hatten". Die auf diese Weise kritisierten Personen sind die gleichen, die heute im Ministerium die zukünftige Giftmüllpolitik formulieren oder als Sachbearbeiter in den Abfallbehörden betriebseigene Giftmülldeponien (nicht) kontrollieren.

Auf unsere Frage, warum diese Versager nicht zur Verantwortung gezogen würden, äußerte der zuständige Staatssekretär im Umweltministerium Reincke, der vorher selber als Vizepräsident der Bezirksregierung Hannover für die Aufsicht über die Abfallbehörden zuständig war, man dürfe der staatsanwaltlichen Ermittlung nicht vorgreifen. Dies ist ein Hohn! Jahrelang wurden die Hinweise aus der Bevölkerung von den Behörden mißachtet, dann stellten die Grünen die Strafanzeige, die zum heute diskutierten Abschlußbericht der Kriminalpolizei führte und dieser brisante Bericht, der schon am 25.11.86 geschrieben wurde, verschwand anschließend ein halbes Jahr in einer Schublade, wo er mit Sicherheit noch lange liegen würde, wenn nicht

die Bürgerinitiativen und Journalisten den Vorgang öffentlich gemacht hätten. Alle Beteiligten wissen, daß die meisten der festgestellten Gesetzesverstöße nach fünf Jahren verjähren und das soll wohl auch durch die Verschleppungstaktik erreicht werden. Zitat aus dem Abschlußbericht: "Eine Verfolgung der einzelnen Verstöße dürfte wegen eingetretener Verjährung oder nicht mehr nachholbarer Beweissicherung ohne Aussicht auf Durchsetzung der Strafandrohung bei Gericht sein". Diese fasse ich mit dem schlichten Wort "Strafvereitelung" zusammen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der Grünen fordert als Konsequenz aus dem Bericht der Kriminalpolizei unter anderem zwei wesentliche Dinge:

1. Personelle Konsequenzen für die verantwortlichen Personen in den Abfallbehörden und im Ministerium; es ist ein Unding, daß die Versager der Vergangenheit weiterhin verantwortlich für die Müllpolitik der Zukunft sind.
2. Eine vollständige Neubewertung des Sanierungskonzeptes für Münchehagen. Der Abschlußbericht der Kriminalpolizei weist aus, daß bei fast 1400 Einlagerungen ca. 25 000 Tonnen Giftmüll in Münchehagen eingelagert wurde, der nach dem Abfallkatalog wegen seiner hohen Giftigkeit überhaupt nicht dorthin durfte. Unter anderem

wegen der schlampigen Deponieaufsicht ist damit nicht auszuschließen, daß bisher überhaupt noch nicht berücksichtigte hochbrisante chemische Verbindungen das Grundwasser und die Gewässer gefährden. Da außerdem damit gerechnet werden muß, daß toxische Verbindungen schon in ca. 7 Jahren das Flößchen Ils erreicht haben können, muß die Deponie sofort, und nicht wie von der Landesregierung geplant, erst in mehreren Jahren, saniert werden.